



Leitantrag

Zukunft gestalten – Schöpfung erhalten!

Herausgeber: Junge Union Bayern - Landessekretariat

Franz Josef Strauß-Haus, Mies-van-der-Rohe-Straße 1, 80807 München

Telefon 0 89/12 43-2 07, Telefax 0 89/12 43 4207

ju@ju-bayern.de

1 **I. Präambel**

2 Zukunft gestalten – Schöpfung erhalten. Dieses Motto ist tief verwurzelt im christlichen Glauben und
3 dem bayerischen Staatsverständnis. Es gilt den aktuellen Diskussionen zum vermeintlichen
4 Spannungsfeld zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Bewahrung der Schöpfung
5 entgegenzutreten und praktikable Wege aufzuzeigen.

6 Der sich beschleunigende Klimawandel ruft in allen Generationen Beunruhigung hervor. Es ist
7 unsere Aufgabe diese Sorgen ernst zu nehmen, aufzugreifen und anzupacken. Denn der
8 Klimawandel und der damit einhergehende globale Temperaturanstieg hat Auswirkungen auf jeden
9 einzelnen Bürger.

10 Diesen Herausforderungen müssen wir durch nachhaltige und sozial ausgewogene Maßnahmen
11 begegnen. Ideologie (sei es von rechts oder von links) darf nicht Maßstab unseres Handelns sein,
12 sondern konsequentes, an der Realität orientiertes Handeln. Stillstand, reine Verbote oder
13 sozialistische Markteingriffe haben in der Vergangenheit nicht dazu beigetragen, Probleme zu lösen
14 und werden es auch bei den anstehenden Herausforderungen nicht tun. Vielmehr braucht es
15 selbstbewusste und engagierte Schritte nach vorne – für eine Zukunft, die alle technischen
16 Möglichkeiten, Innovationen und Forschungen als große Chance sieht.

17 Diese Herangehensweise schließt weder Regionen noch soziale Schichten von weiteren
18 Entwicklungsmöglichkeiten aus, sondern schließt eine Klammer um alle, die ihre Zukunft in Bayern
19 und Deutschland gestalten wollen. Die Bewältigung der Folgen des Klimawandels müssen für alle
20 leistbar sein. Dabei darf es nicht von Bedeutung sein, ob man in der Stadt oder auf dem Land lebt.
21 Vielmehr richtet sich unser Blick auf alle, die ihre Heimat schätzen und nicht verlieren wollen.

22 **II. Emissionsreduktion**

23 In den vergangenen Jahren wurde bereits viel unternommen und auch erreicht, um Emissionen zu
24 reduzieren. So sind die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland seit 1990 deutlich im Rückgang. Der
25 Blick darf nicht einseitig nur auf CO₂ gerichtet sein. Ebenso müssen Methan und Stickstoffdioxid
26 sowie F-Gase – (teil-)fluorierte Kohlenwasserstoffe, Schwefelhexafluorid und Stickstofftrifluorid – in
27 den Blick genommen werden.

28 Die meisten Treibhausgas-Emissionen werden durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe
29 verursacht. Der deutsche Anteil am weltweiten CO₂ Ausstoß beträgt 2,23 Prozent. Dieser scheinbar
30 geringe Anteil bedeutet jedoch nicht, dass sich Deutschland zurücklehnen darf. Vielmehr muss
31 gerade die Bundesrepublik Deutschland als wirtschaftlich und technologisch starker Staat mit gutem
32 Beispiel voranschreiten. Dazu benötigen wir Veränderungen in Verkehr, Industrie, in der
33 Landwirtschaft und beim Wohnen, damit die Treibhausgas-Emissionen langfristig minimiert werden
34 können.

35

36 **Verkehr**

37 Die „Verkehrswende“ ist in aller Munde. Es darf dabei nicht zwischen „Guter“ und „Schlechter“
38 Mobilität unterschieden werden. Bayern und Deutschland leben mit und von der Mobilität. Als
39 Flächenland sind wir darauf angewiesen, dass Mobilität weiterhin bezahlbar und leistbar bleibt,
40 nicht nur in den Ballungsräumen, sondern gerade auch im ländlichen Raum. Gleichzeitig basiert ein
41 wesentlicher Teil unseres Wohlstandes auf der hinter der Mobilität stehenden Industrie.

42 Diesen Leitgedanken muss auch künftig entsprochen werden. Weder darf es zu einer
43 Benachteiligung ländlicher Regionen, noch zu einer Gefährdung der wirtschaftlichen Stärke
44 Deutschlands kommen. Dennoch muss der Verkehrssektor stärker in den Blick genommen werden,
45 um gerade hier Anreize für eine deutliche Reduktion von Emissionen zu schaffen.

46 Die Frage nach den Antriebsarten der Zukunft wird aktuell auf allen Ebenen diskutiert. In diese
47 Diskussion muss sich auch der Staat stärker einbringen, durch eine deutliche Verstärkung der
48 Forschungs- und Förderaktivitäten in Bezug auf Wasserstoff, Brennstoffzelle, Batterieforschung und
49 synthetische Kraftstoffe. Diese müssen alle für sich intensiv weiter betrieben und zur Marktreife
50 geführt werden, ohne sich von vornherein auf eine Antriebsart festzulegen. In allen Bereichen muss
51 der Anspruch deutscher Unternehmen und Forschungseinrichtungen stehen, die weltweit führende
52 Technologie zu entwickeln. Hierzu bedarf es einer ausreichenden finanziellen Förderung. So müssen
53 gerade die Einnahmen aus verbrauchsabhängigen Mobilitätssteuern, wie der Luftverkehrsabgabe
54 oder auch der Mineralölsteuer, schrittweise in zweckgebundene Forschungs- und
55 Innovationsausgaben umgelenkt werden.

56 Es darf nicht bei reinen Forschungsanstrengungen bleiben. Bereits jetzt muss die Infrastruktur für
57 neue Antriebe geschaffen werden. Hierzu gehört neben dem flächendeckenden Ausbau der E-Lade-
58 Infrastruktur – gerade auch im Bereich von Mehrfamilienhäusern – ebenso der Aufbau eines
59 flächendeckenden Wasserstoff-Tankstellennetzes. Auch hierfür müssen verstärkt staatliche
60 Fördermittel eingesetzt werden, um zum Zeitpunkt der Marktfähigkeit alternativer Antriebe bereits
61 eine funktionierende Infrastruktur aufweisen zu können.

62 Zudem muss es Ziel deutscher Politik sein, die entsprechenden Forschungsergebnisse auch in
63 Deutschland in die Produktion umzusetzen. Batterieproduktion, Wasserstofferzeugung,
64 entsprechende Motorenproduktion oder Steuerungstechnik müsse auch in Deutschland angesiedelt
65 werden. Und dies nicht nach politischen Einzelinteressen, sondern an den Orten, an denen bereits
66 heute Kompetenzen vorhanden sind.

67 Es muss eine Offenheit für neue Mobilitätsarten bestehen und hierfür der rechtliche wie tatsächliche
68 Rahmen geschaffen werden. Das Automobil konnte auch deshalb in Deutschland entwickelt werden,
69 weil die Bereitschaft bestand, sich auf Neues einzulassen. Dies muss in gleichem Maße auch für alle
70 anderen neuen Mobilitätsarten gelten. Hyperloop, Flugtaxi, Magnetschwebetechnik sind nur einige
71 Beispiele, die geeignet sind, das Mobilitätsverhalten nachhaltig zu verändern. Dabei darf es nicht bei
72 Machbarkeitsstudien bleiben, sondern frühzeitig Pilotprojekte geschaffen werden, um neue

73 Technologien in die Praxis umzusetzen. Hierzu gehört auch die entsprechende Infrastruktur, wie
74 Landeplätze für Lufttaxen oder Pilotstrecken für Magnetschwebetechnik, Seilbahnen oder
75 Hyperloop. Insgesamt braucht es eine deutsche Strategie samt entsprechender finanzieller Mittel,
76 um neue Technologien schnell in die Praxis überführen zu können.

77 Neben weiteren Anstrengungen in Forschung und Entwicklung brauchen wir kurzfristige
78 Maßnahmen, um die Emissionsbelastung zu reduzieren. Fahrverbote sind dabei der falsche Weg.
79 Vielmehr müssen weitere Angebote geschaffen werden, um einen Umstieg gerade auch auf den
80 ÖPNV zu ermöglichen. Hierzu müssen auch weiterhin Verkehre gebündelt werden. Durch Non-Stop-
81 Expresszüge in unsere Metropolen kann Entlastung erzielt werden. Gleiches gilt für zentrale
82 Parkplätze entlang der Hauptverkehrsstraßen an den Stadtgrenzen, von denen aus regelmäßig und
83 verlässlich Züge, U-Bahnen oder Busse auf bevorzugten Wegen in die Städte verkehren. Zudem
84 müssen weitere Taktverdichtungen im Schienenpersonennahverkehr durchgeführt werden, da auch
85 hier oftmals ein neues Angebot Pendler erst zum Umstieg bewegt. Zudem können über
86 Mobilitätsdrehscheiben Pendler zusammengefasst werden, um Einzelfahrten zu vermeiden.

87 Insbesondere im ländlichen Bereich muss der ÖPNV deutlich ausgebaut werden. Hierzu gehören
88 insbesondere flexible Angebote, um auch dort durch Rufbussysteme oder Sammelbusse, gerade in
89 Bereichen, in denen ein durchgängiger Linientakt im Busverkehr nur schwer aufrechtzuerhalten ist,
90 ein attraktives Angebot zu schaffen. Zudem muss auch die Infrastruktur geschaffen werden, um
91 Verkehre auf andere Wege zu lenken. Radschnellwege müssen beschleunigt ausgebaut werden, U-
92 und S-Bahntrassen geplant und auch beschleunigt gebaut werden. In gleichem Maße müssen aber
93 auch Arbeitgeber ihrer Verantwortung gerecht werden. Durch den Bau von Fahrradabstellplätzen
94 oder auch das Einrichten von Duschköglichkeiten, um einen Umstieg auf andere Verkehrsmittel
95 tatsächlich möglich zu machen.

96 Ziel muss eine Reduzierung des individuellen Berufsverkehrs sein. Deshalb braucht es auch bei der
97 Gestaltung der Arbeit neue Ansätze. Die Möglichkeit, bereits auf dem Weg zur Arbeit in
98 Sammelbussen zu arbeiten und dies auch als Arbeitszeit anerkannt zu bekommen, der Ausbau von
99 Home-Office-Möglichkeiten oder auch die Verlagerung von Arbeitsplätzen aus den Metropolen
100 heraus sind nur einige Wege, wie viele Strecken überflüssig gemacht werden können.

101 Doch nicht nur im Personenverkehr müssen Verlagerungen erfolgen. Gerade im Güterverkehr
102 besteht ein großes Potential Warenströme zu verlagern. Zum einen müssen mehr Güter auf die
103 Schiene verlagert werden. Hierzu bedarf es eines verlässlichen Taktverkehrs auch im Güterverkehr,
104 der wie im Fernverkehr nach einem entsprechenden Fahrplan deutschlandweit organisiert ist. In
105 diesem Zusammenhang muss auch das Schienennetz schneller ausgebaut werden. Digitalisierung
106 darf auch im Schienenverkehr keine Zukunftsmusik sein, sondern muss jetzt dazu genutzt werden,
107 um eine bessere Ausnutzung des bestehenden Schienennetzes zu erreichen. Zum anderen muss
108 aber auch die sogenannte letzte Meile zu den Endkunden anders organisiert werden. Über Depots
109 an Orts- oder Stadträndern beziehungsweise Microdepots in größeren Städten lassen sich

110 Lieferverkehre zusammenfassen, die dann Emissionsneutral über Lastenfahrräder oder
111 entsprechende LKWs im Nahbereich ausgefahren werden können.

112 Maßnahmen für zügigeren Verkehrsfluss

113 Vorangegangene Maßnahmen tragen grundsätzlich auch zur Stauvermeidung bei. Gleichzeitig wird
114 jedoch auch ein erheblicher Anteil an Emissionen dadurch verursacht, dass der Verkehr oftmals nicht
115 fließt. Insoweit muss in Deutschland schnell zu einer intelligenten Verkehrssteuerung übergegangen
116 werden. Unabhängig davon, ob Fahrzeuge mit der Verkehrsinfrastruktur kommunizieren und
117 irgendwann einmal autonom fahren, muss bereits jetzt eine intelligente KI basierte
118 Verkehrssteuerung eingesetzt werden. Hierzu gehört die sensorgesteuerte Ampelphasenregulierung,
119 smarte Fahrtrichtungsregelungen sowie Vorrangschaltungen für Blaulichtfahrzeuge, deren
120 Anfahrtszeiten durch Staus gefährlich verzögert werden. Zum Aufbau einer entsprechenden
121 Infrastruktur müssen sukzessive Ampeln umgerüstet und neue Ampeln nur noch mit entsprechender
122 Technik errichtet werden. Vorhandene Platzreserven müssen konsequent in Verkehrsfläche
123 umgewandelt werden, situationsabhängig für PKW, Rad oder Fußgänger. Hindernisse für den
124 Verkehrsfluss, beispielsweise auf Fußwegen geparkte PKW oder Lieferwagen müssen konsequent
125 ausgeräumt werden.

126 Steuerliche Maßnahmen

127 Konkrete Lenkungswirkungen für den Verkehr lassen sich auch über steuerliche Maßnahmen
128 erreichen. Dazu gehört das Ziel emissionsreduzierende Maßnahmen steuerlich zu begünstigen.
129 Deshalb müssen alternative Antriebe verstärkt steuerlich gefördert und vergünstigt werden.
130 Genauso muss der Schienenverkehr und der öffentliche Personennahverkehr durch reduzierte
131 Umsatzsteuersätze für die Fahrgäste attraktiver werden. Da nur 40 Prozent des Verkehrs
132 berufsbezogener Verkehr ist, 60 Prozent jedoch Freizeitverkehre, müssen alle Maßnahmen auch
133 entsprechend gewürdigt werden. Insbesondere die Pendlerpauschale aber auch eine regionale
134 Gewichtung eines Zertifikatehandels müssen den jeweiligen regionalen Gegebenheiten Rechnung
135 tragen.

136 Industrie

137 Die Industrie ist von großer Bedeutung für Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern und Deutschland.
138 Nach dem Verkehr ist sie mit circa 29 Prozent des Endenergieverbrauchs aber auch größter
139 Energiekonsument in Deutschland. Zwei Drittel des Industrieenergieverbrauchs entfallen auf
140 sogenannte „Prozesswärme“, wie sie zum Beispiel beim Schmelzen von Stahl notwendig ist.
141 Mechanische Energie, zum Beispiel zum Betrieb von Maschinen, macht knapp ein Viertel aus,
142 Raumwärme nur einen kleinen Anteil. Die Branchen mit dem höchsten Energiebedarf sind die
143 Chemieindustrie (46,5 Prozent, inkl. Mineralölerzeugung) sowie die Metallindustrie (20 Prozent).

144 Unser erster Ansatzpunkt zur Senkung des CO₂-Ausstoßes der Industrie findet sich folglich bei der
145 Senkung des Energieverbrauchs von Chemie- und Metallunternehmen sowie im produzierenden

146 Gewerbe. Diese Unternehmen gilt es auf der einen Seite zu umweltfreundlicherem Handeln zu
147 bewegen, auf der anderen Seite muss sichergestellt werden, dass Umweltauflagen die
148 Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen nicht untergraben. Die Klimaschutzmaßnahmen dürfen
149 deshalb unsere Unternehmen nicht nur belasten, sondern müssen konkret auch entlasten. Daher
150 fordern wir:

151 1. Eine Verschärfung des CO₂-Zertifikatehandels in Europa. Die erlaubte Emissionsmenge soll
152 nach 2020 um 2,5 Prozent p.a., statt 1,74 Prozent wie aktuell vorgesehen, reduziert werden.
153 Dadurch erhält CO₂ einen Preis mit echter Anreizwirkung wodurch energieintensive
154 Unternehmen zum Einsatz klimafreundlicher Technologien bewegt werden. Unternehmen
155 mit großen Fortschritten beim Einsparen von CO₂ können durch den Verkauf von Zertifikaten
156 profitieren.

157 2. Eine komplette steuerliche Abschreibung von Forschungs- und Entwicklungskosten für CO₂-
158 ausstoßenkende Maßnahmen in Anlehnung an das österreichische
159 Forschungszulagengesetz. Ein Kostendeckel soll bei 25 Prozent der Forschungs- und
160 Entwicklungskosten bzw. 1 Mio. Euro absolut pro Anspruchsberechtigtem eingezogen
161 werden. Sonderabschreibungen auf Produktionsanlagen mit mindestens 10 Prozent
162 besserer Energieeffizienz in Höhe von 10 Prozent des Anschaffungswerts bzw. maximal 10
163 Mio. Euro absolut pro Anspruchsberechtigtem können getätigt werden.

164 Auch in der Energieindustrie besteht immenses Einsparpotenzial. Die Junge Union Bayern steht
165 hinter der Forderung der bayerischen Staatsregierung, den Kohleausstieg bis 2030 abgeschlossen zu
166 haben. Ein realistisches Leitziel ist dabei, bis 2035 den Energiebedarf zu 75 Prozent aus erneuerbaren
167 Energien decken zu können. Die Energieerzeugung muss dabei vermehrt dezentral erfolgen,
168 beispielsweise durch PV-Anlagen auf Ein- und Mehrfamilienhäusern, Blockheizkraftwerken oder
169 Wärmepumpen. Die Junge Union Bayern fordert hier die Intensivierung der Forschung zur digitalen
170 Bündelung dezentraler Speicher zu virtuellen Speichern, um dezentrale Energieerzeugung
171 konstanter zu machen und die Netze zu stabilisieren.

172 Da die Produktion und der Betrieb von Wasserkraft und Geothermie besonderes klimafreundlich
173 sind, muss vor allem in den Alpen ein Fokus auf diesen liegen. Dort, wo etwa Pumpspeicherprojekte
174 in die gewachsene Kultur- und Naturlandschaft integriert werden können, gilt es auf kommunaler
175 Ebene manche Vetohaltung zu überdenken. Der Klimawandel erfordert Beiträge aller Regionen nach
176 ihren Stärken.

177 Dies gilt auch für zukünftige Stromtrassen, bei denen eine Notwendigkeit nicht von der Hand zu
178 weisen ist. Hier gilt es jedoch keine neuen Betroffenheiten zu generieren und ein spekulatives
179 Heranbauen an Bestandstrassen damit zu subventionieren. Mit Blick auf gesetzlich bindende
180 Grenzwerte weit unter den LEP-Zielwerten gilt es an „neuralgischen Punkten“ konfliktentschärfender
181 Erdverkabelung den Vorzug vor flächenverbrauchenden, längeren, neuen Alternativtrassen zu geben.

182 **Land- und Forstwirtschaft**

183 Die Erhaltung der Schöpfung und die Arbeit mit den natürlichen Ressourcen ist Grundlage der
184 Landwirtschaft seit vielen Generationen. Der Erhalt unserer Natur und die nachhaltige
185 Bewirtschaftung sind dabei gerade für unsere bayerischen bäuerlichen Betriebe zentral, um die
186 Lebensgrundlage auch an die nachfolgenden Generationen übergeben zu können.

187 Die Landwirtschaft verursachte im Jahr 2015 7,4 Prozent der deutschen Gesamtemissionen,
188 insbesondere in Form von Methanemissionen durch Gärungsprozesse und Lachgasemissionen durch
189 Bodenbearbeitung und Düngung. Auch in der Landwirtschaft gibt es gute Möglichkeiten, Emissionen
190 einzusparen. Diese sind zu nutzen, beispielsweise durch weitere Reduzierung des Stickstoffeinzugs.
191 Hierzu sind insbesondere die Möglichkeiten der Digitalisierung weiter auszuschöpfen. Der
192 flächendeckende 5G-Ausbau muss im Ergebnis jede Milchkanne erreichen, um durch Daten zu Boden
193 und Pflanze passgenaue Ausbringung zu ermöglichen. Aber auch im Bereich der
194 Wiederkäuertierhaltung sind durch Praxis und Wissenschaft geeignete Modelle für die Reduzierung
195 der Methanemissionen zu entwickeln. Zugleich trägt die Landwirtschaft durch die Erzeugung von
196 Bioenergie zur Einsparung von Emissionen in anderen Wirtschaftsbereichen bei.

197 Sowohl in der ökologischen als auch in der konventionellen Landwirtschaft muss Nachhaltigkeit ein
198 zentrales Thema sein. Dabei ist es uns wichtig die bäuerlichen Strukturen zu erhalten und durch die
199 gezielte finanzielle Förderung von kleinen und mittleren Betrieben ein weiteres Höfesterben zu
200 vermeiden. Landwirtschaftliche Betriebe sind unverzichtbar für den Artenschutz und stehen an
201 erster Stelle bei der Erhaltung unserer Kulturlandschaft. Deshalb muss den Landwirten die
202 notwendige Unterstützung durch den Staat gewährt werden. Ein weiterer Beitrag, um
203 Nachhaltigkeit zu leben, ist der Ausbau des regionalen Vertriebs, um lange Transportwege zu
204 vermeiden und gleichzeitig die regionale Wirtschaft zu stärken. Ein Emissionslabel soll dazu dem
205 Verbraucher Orientierung verschaffen, in welches auch weitere Faktoren, wie beispielsweise den
206 Wasserverbrauch bei der Herstellung, einbezogen werden.

207 Besonderes Augenmerk sollte auch auf unseren Wäldern liegen. Es zeigt, dass diese nicht so gut für
208 den Klimawandel gewappnet sind, wie ursprünglich gedacht. Hier müssen zügig Konzepte für einen
209 klimasicheren Wald weiterentwickelt und umgesetzt werden und dann konsequenter Waldumbau
210 sowie Aufforstung betrieben werden. Das aktuelle Kiefern- und Fichtensterben kann hier auch als
211 Chance zum Neuanfang verstanden werden. Diese Chance darf nicht verschlafen werden. Es müssen
212 zügig neue Baumarten erprobt und eingesetzt werden, um den veränderten Umweltbedingungen
213 gerecht zu werden und so auch einen Beitrag zum Artenschutz zu liefern. Die gewonnenen
214 Erkenntnisse und Erfahrungen müssen zudem mit Nachbarstaaten geteilt werden. Grundsätzlich
215 muss jede Möglichkeit genutzt werden, Bäume zu pflanzen, da Bäume nach wie vor die beste
216 Möglichkeit sind, CO₂ aus der Atmosphäre zu binden. Dazu müssen zusätzliche finanzielle Mittel zur
217 Verfügung gestellt werden, denn nachhaltige Investitionen in die bayerischen Wälder, die jetzt
218 getätigt werden, werden sich in den kommenden Generationen auszahlen.

219 **Wohnen**

220 Mehr als die Hälfte der Gebäude in Deutschland wurden vor der ersten Wärmeschutzverordnung im
221 Jahr 1978 errichtet, wobei die jährliche Sanierungsquote 1 Prozent beträgt. Bei einem Anteil am CO₂-
222 Ausstoß von einem Drittel, besteht hier enormes Einsparpotential durch energetische Sanierungen.
223 Deshalb müssen Anreize geschaffen werden, die Sanierungsquote deutlich zu erhöhen, ohne dass
224 dies gleichzeitig zu einem Anstieg der Mieten führt. Hierzu müssen insbesondere steuerliche
225 Instrumente genutzt werden. Dazu gehören unter anderem steuerliche
226 Sonderabschreibungsmöglichkeiten. Gerade in Fällen, in denen Wohnungen und Häuser vererbt
227 werden, müssen Kosten für energetische Sanierungsmaßnahmen auf die Erbschaftsteuer
228 anrechenbar sein. Gleichzeitig müssen Förderprogramme darauf abgestimmt sein, stets den
229 ökologischen Mehrwert entsprechender Maßnahmen zu berücksichtigen.

230 Ein besonderer Fokus muss auf die Gestaltung von Quartieren gelegt werden. Gerade in immer
231 dichter besiedelten Gebieten müssen althergebrachte Bauarten überdacht werden. Das Begrünen
232 von Dächern und Fassaden trägt nicht nur zu einer besseren ökologischen Bilanz des Wohnungsbaus
233 bei, sondern hat auch unmittelbare Auswirkungen auf das Mikroklima. Zudem müssen
234 Belüftungsschneisen künftig innerhalb der Stadtplanung stets mitgedacht und mitgeplant werden,
235 um auch hier unmittelbar auf das Klima, gerade in den Metropolen einzuwirken.

236 **III. Forschung und Innovation: Binden von CO₂**

237 Deutschland ist eine der führenden Nationen, wenn es um Forschung und Innovation im Bereich der
238 Nachhaltigkeit geht. Oft werden diese Ergebnisse aber nicht weiterverfolgt, während die Konkurrenz
239 nicht schläft. Wir haben die Möglichkeit, unsere Technologien hier gewinnbringend auch anderen
240 Staaten anbieten zu können. Um diesen Stand jedoch halten zu können, müssen
241 Forschungseinrichtungen mit Schwerpunkt Klimaschutz und regenerative Energien ausgebaut
242 werden. Um diese Einrichtungen entsprechend fördern zu können, soll ein Technologiefonds
243 eingerichtet werden. Forschungsschwerpunkte sollen hierbei Energie, Folgenabschätzung von
244 Umweltverschmutzung und ihre Beseitigung sein. Daneben muss auch die internationale
245 Zusammenarbeit ausgebaut werden.

246 Bei allen Anstrengungen zur Reduktion von Emissionen wird aber eine reine Reduzierung der CO₂-
247 Emissionen nicht mehr ausreichen, um die erklärten Klimaziele zu erreichen. Glücklicherweise gibt es
248 eine Fülle an Ideen, wie der CO₂-Gehalt in der Luft verringert werden kann oder sogar zum
249 wirtschaftlichen Vorteil genutzt werden kann. Die Ideen reichen von CO₂-Filterung und Lagerung,
250 über die Nutzung des CO₂ für Super Foods (wie beispielsweise Algen), der künstlichen Photosynthese
251 oder der Herstellung von synthetischem Kraftstoff. Auch hier muss das vermeintliche Problem als
252 Chance genutzt werden und Bayern als Forschungs- und Innovationsstandort weiter ausgebaut
253 werden. Dabei muss auch die kritische betrachtete „Carbon Capture and Storage“ (CCS) Methode
254 weiterverfolgt werden. Es braucht eine ideologiefreie Debatte, in der keine Ideen im Vorhinein schon
255 ausgeschlossen werden, denn durch Stillstand löst sich das Problem nicht. Vielmehr braucht es

256 Innovation und Erfindergeist, damit Ideen entwickelt und konkurrenzfähig auf den Markt gebracht
257 werden können. Deswegen fordern wir mehr Investitionen bei der Erforschung von nachhaltiger
258 Mobilität und dem Umgang mit CO₂. Dazu müssen zusätzliche finanzielle Mittel bereitgestellt
259 werden und die Markteinführung neuer Produkte erleichtert werden. Denn nur durch Mobilisierung
260 aller Ideen, aller bisherigen Forschungsansätze sowie einer ideologieunabhängigen Förderung der
261 Forschung können Wohlstand auf neuem Niveau und Klimaschutz gemeinsam und einvernehmlich
262 geregelt werden.

263 **IV. Wasser**

264 Bei allen Diskussionen über den Klimawandel wird oftmals der Umgang mit einer der wichtigsten
265 Ressourcen, dem Wasser, außer Betracht gelassen. Gleichzeitig konnte man in Bayern im Sommer
266 2018 erkennen, was es bedeutet, wenn Wasser, das in Deutschland als Selbstverständlichkeit
267 betrachtet wird, knapp wird. Deshalb braucht es gerade beim Umgang mit Wasser eine andere
268 Sensibilität.

269 Bei der Gewinnung von Trinkwasser müssen strengere Maßstäbe angelegt werden. So dürfen
270 Tiefenspeicher nur dann angetastet werden, wenn andere Möglichkeiten zur Gewinnung von
271 Trinkwasser nicht mehr vorhanden sind. Gleichzeitig muss aber auch strenger zwischen den
272 einzelnen Nutzungsarten von Wasser unterschieden werden. Sofern Wasser als Lebensmittel
273 verwendet wird, müssen weiterhin alle entsprechenden Schutzvorschriften angewandt werden.
274 Gleichzeitig müssen aber weitere Wasserkreisläufe etabliert und genutzt werden. Wasser für reine
275 Nutzzwecke kann beispielsweise auch über Zisternen gewonnen werden. Gleiches gilt für
276 Bewässerungssysteme. Insoweit muss zu einem Vorhaltesystem übergegangen werden, das
277 wertvolles Grundwasser schützt und weitere Ressourcen wie Regenwasser nutzt. Das Aufstellen
278 einer Regentonne auf jedem Grundstück sollte verpflichtend sein. Die öffentliche Hand sollte hier
279 mit gutem Beispiel vorangehen und Grün- und Parkflächen primär mit gesammeltem Regenwasser
280 bewässern. Ähnlich wie im Bereich der Energieeffizienz sollte ein Fördersystem für Neubauten oder
281 Sanierungen entwickelt werden, die möglichst trinkwasserschonend sind (und beispielsweise für die
282 Toilettenspülung bevorratetes Regenwasser verwenden). Autowaschanlagen sollten nur noch mit
283 Regenwasser betrieben werden dürfen. Solche ressourcenschonenden Umbauten sollen steuerlich
284 begünstigt werden.

285 **V. Artenschutz**

286 Bayern, in dem 1970 das erste Umweltministerium in Deutschland aufgebaut wurde, muss seine
287 Vorbildrolle auch im Bereich Artenschutz behaupten. Ziel des Artenschutzes muss es sein,
288 Landwirtschaft und Ökologie zu vereinen. Das Eine darf nicht gegenüber dem Anderen bevorzugt
289 werden. Die Junge Union Bayern unterstützt deshalb einen durchdachten Artenschutz. Dabei muss
290 Freiwilligkeit und Eigenverantwortung immer vor Ordnungsrecht und staatliche Eingriffe gestellt
291 werden. Beispielsweise ist eine Erhöhung des Anteils an ökologisch bewirtschafteten Flächen auf 30
292 Prozent bis 2030 sinnvoll und erstrebenswert. Jedoch stößt staatliche Macht hier an ihre Grenzen,

293 denn dies muss auch auf die Nachfrage der Verbraucher treffen, um die Maßnahme wirksam zu
294 machen. Darüber hinaus muss der Nitrat- und Phosphat-Gehalt in unseren Gewässern reduziert
295 werden. Die Renaturierung von Flüssen und Bächen muss weiter vorangetrieben werden. Von den
296 neu geschaffenen Auenlandschaften profitieren nicht nur gefährdete Arten, sondern auch der
297 Hochwasserschutz. Auch die Erweiterung der Gewässerrandstreifen und der verbesserte Schutz von
298 Feuchtwiesen, Mooren und Fallobstwiesen ist begrüßenswert. Konflikte mit der landwirtschaftlichen
299 Nutzung müssen durch die Aufstockung der Förderprogramme abgemildert werden. Andauernde
300 Gespräche und der Dialog zwischen Bürgern, Verbänden, Landwirtschaft und Staat müssen
301 aufrechterhalten werden, um die aktuell beschlossenen Maßnahmen auf Wirksamkeit und
302 Notwendigkeit zu überprüfen und neue Anregungen auf den Weg zu bringen und umsetzen zu
303 können.

304 Des Weiteren müssen Brachflächen vermieden werden. Naturschutzgebiete und Biotop sind, wo
305 möglich, einzurichten. Diese dürfen dabei nicht durch landwirtschaftlich bewirtschaftete Flächen
306 isoliert sein, sondern müssen beispielweise durch Hecken zwischen Feldern verbunden werden, auch
307 um Rückzugsorte für Kleintiere zu schaffen. Naturschutzgebiete und Biotop dürfen jedoch
308 Bauvorhaben, vor allem für eine nachhaltigere Infrastruktur, nicht unnötig in die Länge ziehen.
309 Gutachten und Umsiedlungen von bedrohten Tierarten müssen zügiger durchgeführt werden
310 können. Auch die Stadtplanung muss Lebensraum für Tiere berücksichtigen, was auch zur Erhöhung
311 der Lebensqualität in Städten beiträgt. Dringender Handlungsbedarf besteht auch bei der hohen
312 Lichtverschmutzung, die auch durch die gesteigerte Nutzung billiger LEDs verursacht wurde, und als
313 ein Hauptproblem zum Insektensterben beiträgt. Eine Abstrahlung von Licht in alle
314 Himmelsrichtungen ist nur in den seltensten Fällen notwendig. Beleuchtung soll nur dort eingesetzt
315 werden, wo sie auch notwendig ist, und wenn Sie notwendig ist, muss ihr Einsatz zielgerichtet
316 erfolgen. Es müssen Konzepte geprüft werden, wie dieses Problem effektiv angegangen werden
317 kann und, wenn notwendig, gesetzliche Vorgaben gemacht werden.

318 VI. Internationale Zusammenarbeit

319 Da das deutsche und erst recht das bayerische Reduktionspotential global betrachtet nicht sehr viel
320 ändert, müssen wir auch andere Staaten vom Klimaschutz überzeugen. Besonders müssen wir
321 deshalb Industrialisierungs-, Umweltschutz-, Forst- und Landwirtschaftsprojekte in Afrika begleiten,
322 um diese als unsere Partner gewinnen zu können. Dazu müssen auch bilaterale Verträge mit
323 aufstrebenden afrikanischen Staaten geschlossen werden, beispielsweise über die Verlagerung von
324 Produktion nach Afrika unter unseren Umweltstandards oder gemeinsame Forschungsprojekten im
325 Bereich Forstwirtschaft und Energiewirtschaft. Im Gegenzug findet dann vor Ort die Ausbildung von
326 Fachkräften statt sowie die Versorgung mit Infrastruktur, modernen Maschinen sowie eine
327 verringerte Belastung von regionaler und globaler Umwelt.

328 Ebenso müssen wir aber auch andere Industrienationen als Partner gewinnen und brauchen
329 gleichzeitig harte Sanktionen gegen Staaten, die sich gegen den Klimaschutz stellen, ebenso wie
330 Handelsverbote für Unternehmen, die nachweislich unter Inkaufnahme massiver Umweltschäden im

331 Ausland produzieren. Außerdem darf Deutschland nicht die eigenen Umweltprobleme auf andere
332 Länder abwälzen. Deshalb fordert die Junge Union Bayern einen sofortigen Stopp von Müllexporten
333 in andere Länder.

334 Als konkretes Ziel fordert die Junge Union Bayern die Förderung und Unterstützung der Aufforstung
335 im Regenwald und in afrikanischen Partnerländern. Dazu gehört auch, die weitere Abholzung zu
336 verhindern und eine nachhaltige Forstwirtschaft global voranzubringen. Die Lunge unseres Planeten
337 hat bereits starken Schaden genommen und die Abholzungsraten sind alarmierend. Die aktuell
338 alarmierende Lage in Brasilien verdeutlicht die Notwendigkeit, die starken Brände im Amazonas
339 zügig unter Kontrolle zu bringen, da keine nationale CO₂-Vermeidungsstrategie diesen Ausstoß an
340 CO₂ und dessen Auswirkungen begegnen kann. Dazu fordert die Junge Union Bayern die Aufstellung
341 einer internationalen Waldbrandbekämpfungseinheit unter dem Dach der Vereinten Nationen, die
342 ähnlich den UN-Blauhelmissionen eingesetzt werden kann. Besonders die führenden
343 Industriestaaten sollen dafür die Finanzierung übernehmen und Feuerwehrleute sowie Gerät und
344 Material zur Verfügung stellen.

345 **VII. Gesellschaft**

346 Am Ende besteht eine Verantwortung jedes Einzelnen. Es ist unser Auftrag als Junge Union Bayern,
347 die Interessen unserer jungen Generation an einer ideologiefreien Nachhaltigkeitspolitik zu
348 vertreten. Dieser Auftrag umfasst auch die gesamtgesellschaftliche Aufgabe, derer die Politik
349 gerecht werden muss. Es müssen Bildungs- und Aufklärungskampagnen gestartet werden, um die
350 breite Bevölkerung für mehr Nachhaltigkeit gewinnen zu können.

351 Da der Klimawandel eines der drängendsten Probleme unserer Zeit ist, braucht es dafür auch mehr
352 Anstrengung. Viele Entscheidungen, die heute getroffen werden, zeigen ihre Auswirkungen aber erst
353 in der Zukunft.

354 Deswegen fordert die Junge Union Bayern einen Generationen-TÜV, um die Auswirkungen der
355 jeweiligen Norm auf künftige Generationen zu überprüfen und öffentlich zu bewerten. Dieser TÜV
356 soll nicht nur auf neue Gesetze, sondern im 5-Jahres-Rhythmus auch auf bestehende Normen
357 angewandt werden, um gegebenenfalls sich ändernden Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen.

358 Die Junge Union Bayern fordert eine Nachhaltigkeitspolitik, die ökonomische und soziale Folgen
359 berücksichtigt. Die notwendigen Schritte zu mehr Nachhaltigkeit müssen dabei ergebnisoffen und
360 frei von Ideologie und Panikmache diskutiert werden. Wissenschaftliche Erkenntnisse müssen Basis
361 eines zielgerichteten Diskurses sein.